



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Postkarte 75 Pfennig, Tages- und Versammlungsanzeigen die Seite 10 Pfennig. — Schriftliche Postanfragen nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 26. Mai 1918 bis 1. Juni
ist die Beitragsmarke in das mit 22 bezzeichnete
Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Kriegswirtschaftliche Betrachtungen.

Es ist ein vergebliches Bemühen, aus dem Zustand der Zerrüttung und Zerstörung, den der Krieg auf allen Gebieten unseres vielgestaltigen Kulturlebens zeitigte, jetzt schon einen befreienden Ausblick auf eine bessere Zukunft zu gewinnen. Noch immer, nach beinahe vierjähriger Kriegsbauer, steht die Entscheidung aus und noch immer lastet die Ungewißheit, zu welchem Ergebnis dieser harte und gewaltige Völkertampf führen wird, schwer auf unserem Denken und Empfinden. Wir sind von den Sorgen dieser kampferschütterten Gegenwart bedrückt und ganz von selbst führen uns diese Sorgen zu den Zukunftsfragen, denn es handelt sich in diesem Kriege ja um das Zukunftschicksal der Volksgesamtheit. Es kommt darauf an, die politische und wirtschaftliche Grundlage für die zukünftige Weiterentwicklung des deutschen Volkes zu sichern. Und wenn wir nun, im beinahe vollendeten vierten Kriegsjahre, uns eingestehen müssen, daß noch alles Zukünftige schwimmt, daß wir über das einstige Verhältnis der Völker zueinander noch ebenso in Ungewißheit sind, wie bei Kriegsausbruch und daß wir noch nirgendwo die Pfeiler erblicken, die der Brücke der Verständigung und Annäherung zur Stütze dienen könnten, so muß diese Erkenntnis uns schwer bedrücken.

Dieser Krieg ist eine Katastrophe auf allen Gebieten, er erwürgt das Kulturleben, fügt dem geistigen und materiellen Bestium der Menschheit unersehbare Verluste zu und setzt an die Stelle der erworbenen und aufbauenden Friedensarbeit jenen Zerstörungswillen, der die Waffen der Selbstvernichtung schmeißt. Ist es nicht, als ob ein ungeheurerlicher Wahnsinn die ganze sogenannte Kulturwelt erfasst hätte? Draußen an den Fronten schlägt der Eisenhagel die Kämpfer nieder und im Innern der kampfführenden Länder rollen die Räder, jagen die Maschinen und regen sich die Hände der Millionen, um die Werkzeuge der Vernichtung herzustellen, um sich in der Erzeugung der Zerstörungsmittel zu überbieten.

Wahrlich, der Ausblick auf die Menschheit ist trostlos! Und doch gibt es Leute, die laut oder heimlich, unterschiedene Kriegsenthusiasten sind, zum Teil aus unverständlichen, zum Teil aber auch aus sehr verständlichen Gründen heraus.

Dieser Krieg hat eben alle gewohnte Ordnung verschoben. Er hat allen Einrichtungen und Verhältnissen seinen eisernen Zwang auferlegt, er hat die früheren Lebensformen umgestoßen, er hat mit harten und schmerzlichen Wirkungen in unsere öffentlichen und privaten Zustände eingegriffen und er hat insbesondere unser wirtschaftliches Leben in einer Weise umgestaltet, daß wir uns, mit den Verhältnissen von 1914 verglichen, nicht wiedererkennen.

Mag es vor dem Kriege, namentlich im Hinblick auf die Lebenslage der breiten arbeitenden Volksschichten, noch manche Mängel und Ungerechtigkeiten gegeben haben und mögen wir keineswegs in allen Kulturfragen so bahnbrechend an der Spitze marschiert sein, wie es uns immer versichert wurde, so hat es doch niemand für möglich gehalten, daß über Deutschland einmal solche Hungerjahre kommen könnten, wie wir sie jetzt erleben. Wir waren im Zeitalter des Weltverkehrs und des internationalen Güterausstauschs aufgewachsen und der Zustand, der uns in den Besitz aller derjenigen Naturprodukte und technischen Erzeugnisse setzte, deren Mangel wir jetzt so schmerzlich empfinden, schien uns so selbstverständlich und gesichert, daß uns der Gedanke an die Möglichkeit einer Störung garnicht kam. Wenn das im Hinblick auf die in der hohen Politik nicht orientierten breiten Volksschichten auch begreiflich ist, so kann man jedoch nicht verstehen, daß sich den führenden Kreisen, den verantwortlichen öffentlichen Instanzen der Ernst einer solchen Möglichkeit nicht schon zu einer Zeit offenbarte, in der es noch möglich gewesen wäre, Vorkehrungen zu treffen, die unsere wirtschaftliche Bebrängnis doch in einem bedingten Umfange verhindern oder mildern konnten. Leider läßt sich die bittere Erfahrung, daß wir im Hinblick auf die wirtschaftliche Kriegsführung in einem Zustand ungenügender Vorbereitung vom Kriege überrascht wurden, nicht mehr aus der Welt schaffen.

Die Katastrophe kam und wir sahen uns plötzlich, dank der jetzt brutal in die Erscheinung tretenden englischen Weltbeherrschung, vor die Notwendigkeit, unseren gesamten Bedarf, den kriegstechnischen wie den des allgemeinen Lebensunterhalts, aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln sicherzustellen. Nun ist ja gewiß auf jedem Gebiet ein hoher Grad von Organisationsgeschick und von technischer Leistungsfähigkeit bewiesen worden, aber der Zwang des Mangels wies uns doch auf den Weg der Entsaugung und wir haben organisieren, kontingentieren und rationieren müssen, um das Maß von Einschränkung, das der Krieg notwendig machte, einhalten zu können.

Gewiß, dieser Krieg stellt in jeder Beziehung übermenschliche Anforderungen an unser Leistungsvermögen und es war vielleicht unmöglich, Zeitmaß, Ausdehnung und Wirkung einer solchen Welterschütterung voranzusehen. Immerhin sollte ein Krieg nach allen Fronten, den die militärischen Instanzen doch als Möglichkeit in den Bereich ihrer strategischen Vorbereitung einstellten, auch eine großzügige wirtschaftliche Rüstung voraus. Und es ist denkbar, daß eine den Weltkrieg in Rechnung stellende staatliche Vorratswirtschaft unsere Bestände an Rohstoffen, Lebensmitteln und technischen Erzeugnissen in reichhaltigerem Maße hätte versorgen können, als es bei Kriegsausbruch tatsächlich der Fall war. Die vorhandenen Vorräte waren trotzdem nicht gering und wir haben lange davon gegest, aber was im Lande an ausländischen und inländischen Rohstoffen und Erzeugnissen vorhanden war,

hatte in den vergangenen Friedensjahrzehnten fast ausschließlich die Privatwirtschaft aufgespeichert, während es an den Sicherungen, die eine vorausschauende staatliche Wirtschaftspolitik für unser wirtschaftliches Durchhalten hätte schaffen können, in bedenklicher Weise fehlte. Erst im Verlauf des Krieges kamen wir zu der Erkenntnis, daß eine verantwortliche öffentliche Instanz für Volkswirtschaft und Volksernährung überhaupt nicht vorhanden war. Die Zwangseinrichtungen, die auf diesen Gebieten während des Krieges geschaffen wurden, tragen den Charakter von zu spät getroffenen Notstandsmaßnahmen. Den zahllosen staatlichen Wirtschaftsämtern, Aufsichtsinstanzen und Kriegsgesellschaften fehlt es nicht an technischer und bürokratischer Organisation, wohl aber an den Objekten, auf deren Erzeugung und Verteilung sich ihre Tätigkeit erstrecken soll. Unsere Kriegswirtschaft weist in fortschreitender, sich verschärfender Entwicklung alle Merkmale des Mangels und der Teuerung auf und als Folgewirkung dieser beiden Grundursachen unserer Wirtschaftskrisis stellten sich alle jene bedenklichen Auswüchse des Wirtschaftslebens ein, die unsere gegenwärtige Lebenshaltung weiterhin in so vielfältiger Weise erschweren.

Durch den Krieg wurden wir aus dem Zusammenhang der Weltwirtschaft heraus gestoben. Wie sehr aber ein industrielles Kulturvolk in allen seinen Lebensbedingungen auf den die Bedürfnisse ausgleichenden Weltverkehr angewiesen ist und wie stark wir in unserer leiblichen und technischen Lebenshaltung, in unserer gesamten Wirtschaftsführung, von den ausländischen Zufuhren abhängig waren, hat der Krieg uns mit wachsender Eindringlichkeit gelehrt. Es hat sich erwiesen, daß wir einem steigenden Mangel an allen zur Lebenshaltung notwendigen Stoffen ausgesetzt sind, wenn sich die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Volksgesamtheit allein auf unserer Eigenwirtschaft begründen soll. Diese Lehre des Krieges ist namentlich im Hinblick auf unsere Landwirtschaftliche Erzeugung bedenklich. Wir können uns mit dem, was sie hervorbringt, dauernd nicht erhalten. Hierüber kann nach allen Erfahrungen dieser Kriegszeit kein Zweifel bestehen. Das beweist auch die bedeutende Einfuhr an Nahrungs- und Futtermitteln, die in der Friedenszeit über unsere Grenze herein kam. Erschwerend für unsere jetzige Wirtschaftslage fällt ferner die Tatsache ins Gewicht, daß der Krieg, wie auf allen anderen Gebieten, so auch auf die landwirtschaftliche Erzeugung hemmend und störend wirkt. Die Bodenkultur hat zweifellos in erheblichem Umfange gelitten und weil es an Arbeitskräfte, Spanntkräften und Düngemitteln fehlt, hat sich die Anbaufläche verringert. Es fehlt den kleineren bäuerlichen Anwesen eben das sorgende Interesse des Besitzers, der gefallen ist, oder in der Front steht, oder vielleicht auch nur durch einen unproduktiven Garnisondienst im Innlande an der Wahrnehmung seiner Berufstätigkeit behindert wird. In vieltausendfältiger Wiederho-

lung tritt dieser letztere Fall, nicht nur in bezug auf die landwirtschaftlichen Berufsangehörigen, in unserem Gegenwartszustand in die Erscheinung und die oberste Heeresleitung sollte in einer Zeit, in der es, nicht nur in der Kriegsindustrie, so sehr auf die schaffende Arbeitskraft ankommt, in weiterem Umfange als bisher der Notwendigkeit Rechnung tragen, die in den Innengarnisonen festgehaltenen Tausende und Abertausende von erwerbsfähigen und schaffenskräftigen Männern nach ihrer militärischen Ausbildung wieder ihrem Berufsleben zuzuführen. Wie es über die Notwendigkeit der militärischen Verteidigung keinen Zweifel geben kann, so muß es im Hinblick auf unsere zerrüttete Volkswirtschaft doch zu schwerwiegendem Bedenken führen, daß eine über große Zahl von Männern der schaffenden bürgerlichen Arbeit entzogen wird, ohne eine dringende militärische Aufgabe zu erfüllen. Durch die militärische Ausbildung, die zeitlich begrenzt werden kann, ist für den Ernstfall der Verteidigung gesorgt und die Einberufung kann in jedem Augenblick der Notwendigkeit erfolgen. Die dauernde, jahrelange Festhaltung in einem Militärverhältnis, das weder für die vaterländische Verteidigung in Frage kommt, noch die Betätigung im bürgerlichen Beruf zuläßt, scheint nicht den vielfachen Notwendigkeiten zu entsprechen, die außer den militärischen sonst noch für die Volksgesamtheit bestehen. Wir sind eben in unseren Lebensbedingungen nicht nur militärisch bedroht. Dringend notwendig ist es auch, daß unser inneres Wirtschaftsleben so energisch wie möglich vor dem drohenden Zusammenbruch bewahrt wird. Zu einem Teil kann das erreicht werden, indem die für den Militärdienst entbehrlichen Männer, deren Entlassung keine Beeinträchtigung der Landesverteidigung bedeuten würde, wieder ihren bürgerlichen Berufen zugeführt würden. Zweifelloß würden sehr viele hier einen wichtigeren Posten ausfüllen, als in einem Garnisondienst, dessen dauernde Notwendigkeit in allen den zahllosen Fällen, in denen eine Verwendung in der Kampffront überhaupt nicht in Betracht kommt, nicht einzusehen ist.

Alle die Mitle, die der Krieg über uns verhängt hat, haben nun zusammenwirkend jenen eigenartigen Wirtschaftszustand gezeitigt, der gegenwärtig besteht. Wenn Mangel und Teuerung, gewissermaßen als die natürlichen und unvermeid-

lichen Wirkungen des Krieges unsere Lebenshaltung in so empfindlicher Weise erschweren, so hat sich aus diesen in den Kriegsverhältnissen begründeten Grundursachen unserer jetzigen Wirtschaftskrisis ein böses Gefolge von weiteren unerfreulichen Erscheinungen entwickelt, die fast in das Gebiet der Unmoral hinüber greifen. Waren die durch den Krieg geschaffenen natürlichen Schwierigkeiten schon ernst genug, so wurde unsere Lebenshaltung weiterhin erschwert durch eine über die Notwendigkeit vielfach hinaus gehende Warenverknappung, deren Beweggründe zu einem ebenso starken Grade auf Gewinnjucht wie auf die Knappheit der Warenbestände zurückzuführen sind. Die Gesetze der Ordnung und Zuverlässigkeit sind im Verlauf des Krieges eben auf allen Gebieten unseres Wirtschaftslebens ins Wanken geraten und nachdem die Schranken, die in der Friedenszeit für die Preisbewegung bestanden, einmal durchbrochen waren, vollzog sich die Preisentwicklung unter Merkmalen, die vielfach eine rücksichtslose Erwerbssücht erkennen ließen. Der Krieg hat den Lanz um das goldene Kalb entseffelt.

Es hat sich in unserer kriegswirtschaftlichen Entwicklung nun der eigenartige Zustand herausgebildet, daß dem Mangel an Waren und Erzeugnissen ein merkwürdiger Geldreichtum gegenübersteht. Wir leiden nicht so sehr Not an Geld und an Zahlungsmitteln, als vielmehr an den Bedarfsgegenständen, die für dieses Geld zu kaufen notwendig wären.

In den bisher aufgelegten acht Kriegsanleihen wurden 87,7 Milliarden Mark aufgebracht. Trotz den erheblich gestiegenen Anforderungen der heutigen Lebenshaltung werden von der Bevölkerung ganz bedeutende Ersparnisse gemacht. Die vom königlich preussischen Statistischen Landesamt herausgegebene „Statistische Korrespondenz“ berichtet in Nr. 12 hierüber folgendes:

„Das Jahr 1917 hat der Bevölkerung eine Vermehrung von über 5,5 Milliarden Mark an Spareinlagen gebracht. Es ist selbstverständlich, daß die Höhe dieses Zuwachses zu einem Teil die Entwertung des Geldes widerspiegelt, wie sie sich im letzten Jahre vollzogen hat; zu gleicher Zeit legt sie aber bereites Zeugnis dafür ab, welche hohe Löhne und welsch bedeutenden Verdienst weite Kreise unserer minderbemittelten Bevölkerung einschließlich mancher Teile des Mittelstandes gehabt haben und wie stark der

Verdienst in diesen Kreisen die Kosten der Lebenshaltung trotz der Teuerung überstiegen haben muß.“

Es geht aus dieser amtlichen Feststellung nicht hervor, wie stark der Anteil der Unternehmungen an dieser Summe von Ersparnissen Gebertern ist. Mit dem Hinweis auf die gestiegenen Löhne allein ist das Anwachsen der Spareinlagen nicht begründet, hieran ist im starken Grade auch der Kriegsgewinn des Unternehmertums beteiligt und es muß ergänzend hinzu gefügt werden, daß sich gerade auf diesem Gebiet, dank einer gegenpendenden Kriegskonjunktur, Kapitalbildungen und Vermögensvermehrungen vollziehen, die keineswegs in ihrem ganzen Umfange zur öffentlichen Kenntnis gelangen und die daher von der Statistik nicht erfaßt werden können.

Aber trotz des Geldreichtums ist unser gegenwärtiger Wirtschaftszustand doch abnorm und ungesund, denn wir können uns der Wahrnehmung nicht verschließen, daß wir bei aller Reichhaltigkeit der Geldmittel und trotz der Steigerung der Löhne und Gehälter mit unserer Lebenshaltung in wachsendem Maße in eine Bedrängnis hinein geraten, die auf die Dauer große Gefahren in sich schließt.

Dem Höchstmaß der Kräfteanspannung steht die Tatsache einer zunehmenden Verminderung aller für die Lebenshaltung notwendigen Rahmungsstoffe, Stoffe und Gebrauchsgegenstände gegenüber. Es ergibt sich hieraus ohne weiteres die Schlussfolgerung, daß eine so abnorme, die Lebensbedingungen der Volksgesamtheit gefährdende Entwicklung einmal ihre zeitliche Begrenzung finden muß. Und darum muß neben den Gründen der Außenpolitik auch diese innenpolitische Erwägung, deren Tragweite ernste Gefahren in sich schließt, bei der Entscheidung über die längere oder kürzere Dauer des Kriegszustandes ebenfalls ausschlaggebend sein.

Die Volkskräfte sind durch den Krieg stark in Mitleidenhaft gezogen worden und die Frage der Schonung und des Wiederaufbaues wird um so bringender, je länger der zehrende und zerstörende Kriegszustand andauert. Und der Kräfteverbrauch schreitet nicht in demselben, sich gleich bleibenden Verhältnis fort, sondern er nimmt mit der Dauer an Umfang zu. So lange der Krieg dauert, besteht keine Möglichkeit für eine Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, denn der

Hans, der Blinde.

Erzählung von E. Peczang.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Wenn es wirklich zu spät war, lohnte es sich dann noch, die alte, strenge Tüchtigkeit fortzusetzen? Mühte er sie nicht lassen, diese Salme und Furchen, die ihn um sein Glück gebracht.

Er beugte sich nieder und strich mit der Hand über die zartgrüne Saat. Nein, er konnte sie nicht lassen, die eigene Arbeit. Ein gutes Stück seines Lebens barg der Acker. Und, wenn er sich's offen gestehen wollte: glücklich hatte ihn auch die Arbeit gemacht. Sie hatte ihn ernährt und sein Leben von neuem aufgerichtet. Ein leiser Stolz zog durch seine Seele. Und ein stilles Gelöbniß: weiter zu wirken hier auf diesem Acker — was auch im übrigen kommen möge. Hinten, an der Grenze seines kleinen Besitzes, lag noch ein steiniges Stück brach. Es freute ihn. Dort war das rechte Schaffen für die nächsten Tage! Dort, im harten Boden, mußten alle Ernten sich spannen, und der Rücken durfte nicht müde werden, sich zu bücken nach den Steinen. Langsam schritt er darauf zu.

Ringsum war es still. Die Stille des Frühlings am Sonntagnachmittage. Ein heimliches Werben in der Luft, ein stilles Geschehen. Nur oben, ganz oben in unsichtbarer Höhe zwitscherte etwas ganz fein, — so fein, daß Hans stehen bleiben mußte, um es deutlich zu hören.

„Eine Lerche!“ sagte er. Und mußte gleich darauf an die Lerche im eigenen Hause denken. Aber ein fester Rud brachte ihn wieder zu klaren Sinnen.

Mit starken, festen Schritten ging er dahin.

„Sehr geehrter Herr!

Es war außerordentlich vernünftig von Ihnen, mir die Bestimmung darüber zu überlassen, was nun weiter geschehen solle. Ohne Umstände also: ich bestimme, daß unsere Eheschließung am Himmelfahrtstage dieses Jahres stattfindet. Sie werden so freundlich sein, die notwendige Formalitäten zu erledigen. Die hierzu von meiner Seite benötigten Legitimationen werde ich Ihnen persönlich am kommenden Sonntage, um vier Uhr nachmittags, auf der Schwanenhöhe einhändigen. Ich bitte um pünktliches Erscheinen.“

Hans warf, ärgerlich lachend, den Brief auf den Tisch, ohne ein Wort zu sagen.

Aus Lisas Augen blitzte mühsam bezähmter Uebermut: „Wündig und klar. Was gedenkst Du zu tun, Vetter?“

„Nichts!“

„Unmöglich! Nachdem Du Dich so — schlan engagiert hast, kannst Du nicht mehr zurück.“

„Entweder ist das ganze ein über Scherz oder man hat es mit einer völlig spleenigen Donna zu tun.“

„Eher das letztere. Aber hingehen mußt Du!“

„Fällt mir nicht ein! Mag sie auf der Schwanenhöhe ihr Schwanenlied singen.“

„Hans! Das Leben ist oft wunderbar — Du sagst es so häufig. Kann nicht Dein Glück von der Schwanenhöhe kommen?“

„Nein. Es kann von nirgendwo kommen. Ich hab's im Hause gehabt, aber hab's hinausgetrieben.“

„Gerade deshalb mußt Du versuchen, es wieder hereinzuholen.“

„Wilder! Alle Vergleiche hinken. Mein Glück liegt bei Dir, das weißt Du, Lisa.“

„Wenn Du das sagst, siehst Du hübsch aus.“

Sie blickte ihn andächtig an und war versucht, ihm um den Hals zu fallen. Aber sie tat's nicht.

„Er erfaßte ihre Hand:“ „Beantworte mir, bitte, eine Frage, Lisa: Wenn ich vor einem Jahre, vor vier Wochen, vor dieser unseligen Geschichte mit dem Insurat gekommen wäre und Dich gebeten hätte, meine Frau zu werden, — was würdest Du geantwortet haben?“

„Hu.“ Sie runzelte die Augenbrauen. „Das kann ich unmöglich wissen.“ Und, indem sie ihm ihre Hand entzog: „Aber das weiß ich, Hans, wenn ich Dich jemals geliebt hätte und Du hättest es nicht erlirnt, und Du wärst in die Drudderschwarze gegangen, um eine Frau zu suchen — fürchtbar würde ich mich rächen! Mit aller Grausamkeit, deren mein harmloses Gemüt fähig ist.“

„Ja.“ Er seufzte. „Und man dürfte es Dir nicht einmal übernehmen.“ Er nahm noch einen schnellen Anlauf: „Und jetzt, Lisa? Jetzt, wo Du siehst, wie mich die Geschichte mitnimmt —“

„Nachdem Du dreizehnanzig Andere gehabt hast? — Na, ich danke, Vetter!“

Er mußte in seinem tiefen Ernste lächeln: „Du läßt nur Deinen Wit, Lisa. Wahrhaftig, man könnte Dich für ein recht oberflächliches Geschöpf halten, wenn man Deine übermütige Natur nicht kannte. Aber mich täuschst Du doch nicht, Dein Herz ist so gut und treu wie —“

„Falt! Darauf verlaß Dich nicht! Verlaß Dich auf Deine Schwedtheit!“

„Ach, das ist ein iblees Ding. Meine Augen sind nun einmal so beschaffen, daß sie immer nur einen bestimmten Ausschnitt aus dem Leben sehen. Jetzt, und seit Tagen, sehen sie nur Dich; alles andere verschwindet. Und nur eine Frage be-

Kriegszustand versagt alle Bedingungen für Sammlung, Ruhe, Gesundung und Wiederaufbau. Aber wir sind in beinahe vierjähriger Kriegsdauer doch schon zu einem Zustand gelangt, der die dringende Notwendigkeit für Schonung und Sammlung der Kräfte erkennen läßt und im Hinblick auf unser zerrüttetes und demoralisiertes Wirtschaftsleben drängt sich uns mit zunehmender Einbringlichkeit die Frage auf, wie lange das deutsche Volk diese Belastung noch wird ertragen können.

Ein Reichsamt für die Gesundheitspflege und Sozialversicherung.

Um die offen sichtbare Ueberlastung des Reichsamts des Innern zu beseitigen, ist durch den kaiserlichen Erlass vom 21. Oktober 1917 eine Teilung vollzogen worden, wodurch das Reichswirtschaftsamt geschaffen wurde. Bei diesem über-eilten Vorgang ist zum Nachteil des Gesundheitswesens, der Bevölkerungspolitik und des Arbeiterschutzes eine Zerteilung bestanden geblieben, die sich auch allgemein vom Standpunkt der Sozialpolitik als unpraktisch und wenig förderlich erweisen muß. Nach der Neuregelung gehören jetzt zum Geschäftsbereich des Reichsamts des Innern 12 Abteilungen, wobei als zugehörig auch das Gesundheitsamt mit dem Medizinal- und Veterinärwesen, das Armenwesen und die Pflanzlich-technische Reichsanstalt usw. in Betracht kommen, während dem Reichswirtschaftsamt mit 21 Abteilungen die Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt (Charlottenburg), die Behörden für Untersuchung von Seeeunfällen, das Statistische Amt, das Ausschussamt für Privatversicherung, das Reichsversicherungsamt und die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte sowie der Reichskommissar für Uebergangswirtschaft überwiesen wurde. Wie in der Bekanntmachung des Reichsanzlers vom 31. Oktober 1917 darüber ausgeführt wird, gehören unter anderem zu dem Geschäftsbereich des Reichswirtschaftsamts auch diejenigen Angelegenheiten, welche auf die Fürsorge für die arbeitenden Klassen (Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Arbeiterversicherung, Arbeiterschutz, Sonntagsruhe usw.), auf Wohlfahrtsanstaltungen, das Wohnungsfürsorgewesen, die Verhältnisse des Arbeitsmarktes und sonstige Fragen, die sich auf die

Sozialpolitik beziehen. Danach bleibt ein wichtiger Teil des Reichsgesundheitswesens bei dem Reichsamt des Innern, während der übrige große Teil in das Reichswirtschaftsamt eingeordnet wurde. Durch diese Trennung des Reichsversicherungsamts vom Reichsamt des Innern muß sich auch die Kluft zwischen dem Gesundheitsamt erweitern und das Zusammenwirken erschweren, wodurch bei der bekannten Macht der Bureaucratie in weiterer Folge die von der Partei und den Gewerkschaften geforderte Einheitlichkeit und Zentralisation des Reichsgesundheitswesens und der hierbei wirkenden Kräfte ernstlich in Frage gestellt wird.

Dieser Dualismus auf dem Gebiete der reichsorganisatorischen Gesundheitsfürsorge kann auch der Arbeiterklasse zu den Bestrebungen der Verstaatlichung des Medizinalwesens nicht gleichgültig sein. Aber auch in den ärztlichen Kreisen hat diese Neuregelung einen Widerspruch gefunden. Wie in der Arbeiterklasse, so ist man auch hier schon seit Jahren mit der Organisation der Tätigkeit des kaiserlichen Gesundheitsamtes unzufrieden und hat für beträchtlich weitgehende Forderungen propagiert. Und dabei wird jetzt schon zum Ausdruck gebracht, daß auch das Reichswirtschaftsamt infolge einer Arbeitsüberlastung nur geringe Erfolge in Aussicht stellen kann. In dem Organ „Ortskrankenkasse“ (Dresden), Nr. 21, 1917, wird in einer Abhandlung von Dr. jur. A. Ester unter dem Titel „Bestrebungen für ein gesundheitspolitisches Reichsamt“ unter anderem gesagt: „Das kaiserliche Gesundheitsamt ist zwar eine Reichszentralbehörde, aber es ist nicht das, was man als oberste Exekutivbehörde für Hygiene und Sanitätswesen sich wünscht. Zwar erstreckt sich die Wirksamkeit des Gesundheitsamts außer auf wissenschaftliche auch auf gesetzgebende und administrative Tätigkeit, aber die gesetzgebende Tätigkeit ist hier auch wesentlich nur der Ausfluß wissenschaftlicher Untersuchungen und Erfahrungen, und zur verwalterischen Tätigkeit gehören insbesondere die Aufstellung von Vorschriften über die Beschaffenheit von Arzneimitteln, Anstellung von Analysten, Beseitigung des Geheimnisschutzes, Herausgabe des Arzneibuches für das Deutsche Reich, die intellektuelle Leitung der Gesundheits- und Veterinärpolizei, die Prüfungsschriften der Medizinalpersonen und anderes mehr. Das ist freilich ein großer Teil dessen, was

ein Reichsamt für Hygiene und Sanitätswesen zu leisten hätte, aber es ist eben nur ein Teil und es refforziert im übrigen von einer „nicht gesundheitspolitischer“ Oberbehörde, ist also nicht das, was beispielsweise in Oesterreich-Ungarn neuerdings in einem eigenen Gesundheitsministerium geschaffen werden soll. Denn wo bleiben die großen Fragen der Bevölkerungspolitik, der Rassen- und allgemeinen Sozialhygiene, der umfassenden Maßnahmen der Krankheitsbekämpfung auf dem Verwaltungsverwege und der vorbeugenden sanitären Aufgaben, die aus der Reichssozialversicherung entstanden sind?“

Eine andere Strömung ist für eine Dreiteilung des Reichsamts des Innern, mit einem „Reichsamt für Sozialpolitik“, also mit einer Trennung der Sozial- von der Wirtschaftspolitik, worin die soziale Hygiene mehr realisierend und verwaltungstechnisch zum Ausdruck gebracht werden sollte. Im Zusammenhang mit diesen Reformvor schlägen steht auch die Forderung eines „Reichssekretariats für Gesundheitspflege und soziale Versicherungswesen“, wie es von dem Sozialhygieniker Dr. med. Prof. Alfred Grotzjahn im „Berliner Tageblatt“ (Nr. 310 vom 20. Juni 1917) dargestellt und empfohlen wurde. Danach soll das Reichsgesundheitsamt, das Reichsversicherungsamt, die Reichsanstalt für Angestellte usw. zusammengefaßt werden. In der Begründung wird u. a. mit dem Hinweis auf das Hygieneministerium in England und den Ministerien für Volksgesundheit und soziale Fürsorge in Oesterreich und Ungarn gesagt: „Den größten Nutzen von dem neuen Staatssekretariat würden Reichsgesundheitsamt und Reichsversicherungsamt haben, weil sie beide ihre Eigenart beibehalten und doch sich gegenseitig mehr als bisher befruchteten und vor Reichstag und Bundesrat sich weitaus kräftiger zur Geltung zu bringen vermöchten als bisher. Es würde mit einem Schlage der jetzt von sozialhygienischer Seite so stark empfundene Uebelstand fortfallen, daß im Gesundheitsamt des Reichs zu sehr Theorie und Wissenschaft ohne Fühlung mit der Verwaltung getrieben wird, im Reichsversicherungsamt dagegen häufig der gute Wille und die Möglichkeit eines großzügigen sozialhygienischen Wirkens zu einem dem Stande der hygienischen Wissenschaft nicht entsprechenden kostspieligen Experimentieren führe.“ Die letzteren Ausführungen wird jeder bestätigen müssen, der im Verlauf der Jahre nur einigermaßen die Dinge im Zusammenhang mit der Ausgestaltung des Arbeiterschutzes beim Reichsamt des Innern verfolgen konnte. Aus den Kreisen der Ärzte und Intellektuellen fordert man deshalb kurzgefaßt: ein „Reichsministerium für das gesamte Gesundheitswesen“ mit einer ärztlichen Oberleitung. Inwiefern hierdurch auch eine Zahl von wichtigen Problemen, wie das Zusammenwirken der Krankenkassen mit den ärztlichen Organisationen und mit dem deutschen Apothekerverein usw., eine mehr zeitgemäße Lösung im Sinne einer fortgeschrittenen Sozial- und Gesundheitsfürsorge finden können, ist eine andere Frage. Ferner kann auch sehr fragwürdig erscheinen, ob zur Verstaatlichung des Arznei- und Apothekerwesens, des Drogenhandels und der chemisch-pharmazeutischen Industrie ein solches Ministerium als geeignet erscheint. Es liegt dabei sehr nahe anzunehmen, daß eine „ärztliche Oberleitung“ gerade gegen die Realisierung dieses Problems eine Gefahr bedeuten kann; denn die ärztlichen „Standesinteressen“, die sich auf einem sehr materiellen Boden bewegen, wurden im letzten Jahrzehnt zum Nachteil der Arbeiterpatienten oft recht unhuman zur Geltung gebracht. Wenn das schon unter einer juristischen Oberleitung möglich war, was kann dann nicht alles von einer ärztlichen Oberleitung erwartet werden!

Inwiefern das Reichsamt des Innern, das Reichsversicherungsamt zu den Fragen des Arbeiterschutzes nachteilig beeinflusst hat, ist wohl schwer zu übersehen. Aber durch Tatsachen bestätigt sieht unzweifelhaft fest, daß in diesem Amt viel zu langsam gearbeitet und ungemein viel Zeit verschwendet wird. Durch die jetzt neu geschaffene Organisation ist das Zusammenarbeiten des Reichsversicherungsamts mit dem Gesundheitsamt noch mehr unterbunden worden als vordem,

schäftigt mich von morgens bis abends: gibt es denn keinen Weg mehr, das Glück zu gewinnen?“

„Auf der Schwanenhöhe wartet es am nächsten Sonntag mit den Legitimationspapieren!“

Hans lehnte sich verstimmt ab.

Lisa folgte ihm mit den Augen: „Hör mal, Hans, Du dauerst mich.“

„Wirklich?“ Er lehnte sich ihr mit neuer Hoffnung zu.

„Warte. Du bist mit jener einen so gut wie verheiratet. Es ist nicht männlich, von seinem einmal gegebenen Worte zurückzugehen, — auch dann nicht, wenn man die Folgen seines Versprechens nicht überblicken konnte. Denn das ist, wie Du zugeben wirst, nicht die Schuld des Mädchens, sondern die Deine. Hältst Du mich nun für so schlecht, daß ich dazwischenzutreten werde? Ich kann Dir nur für einen Fall Hoffnung machen: wenn Du mir das Versprechen der anderen bringst, daß sie freiwillig auf Dich verzichtet!“

Hans atmete schwer: „Das könnte man wenigstens versuchen. Aber — Du bist doch gebunden, sagst Du.“

„Nicht förmlich. Vielleicht läßt es sich so einrichten, daß der Held m e i n e s Herzens als Ersatz die auf der Schwanenhöhe sitzengeliebte Donna kriegt.“

„Du! Das ist ein famoser Gedanke!“ Hans erwachte zu neuem Mut. Der sank aber gleich wieder unter der Erkenntnis: „Wie leicht Du ihn aufgibst, Lisa.“

„Ich gebe ihn noch keineswegs auf, Hans! Und ich bin überzeugt, daß auch die Jungfrau auf der Schwanenhöhe Dich nicht freigeben wird.“

„Ich gehe hin!“ Hans richtete sich auf. „Wenn sie ein Herz hat, wird sie verzichten. Ich will's ihr mit so bewegten Worten schildern, daß sie ver-

zichten muß — und wenn es ihr das Herz bricht!“

„Was Du für Unheil unter den Herzen anrichtest, Hans!“ —

*

In den folgenden Tagen nahm Hans sein Brachland vor. Mit ungeheurem Eifer, mit stählerner Energie ging er daran. Aber — so voll war das Herz von Empfindungen, so schwer das Hirn von Gedanken und lustigen Hypothesen. Wie er es am Sonntag anfangen sollte, das Herz der Unbekannten zu rühren, das überlegte er immer und immer wieder.

Infolgedessen übernahm das Pferd die gedankliche Führung des Pfluges. Wo ein großer Stein im Wege lag, machte es einen Bogen, weil es verständig genug war, hier alle Mühe für vergeblich zu halten. Zuweilen wandte es, offenbar verwundert, den Kopf, um seinen Herrn anzuschauen, aber-der war auf der Schwanenhöhe und hielt eine glänzende Rede.

So kam es, daß die Nachbarn, die in diesen Tagen am Brachland vorübergingen, erstaunt den Kopf schüttelten. Das war denn wirklich die erste Arbeit des jungen Hils, die nicht ganz korrekt ausgefallen: die Furchen gingen teils im Zickzack, teils in fähnen Bogen. Als einer der Kritiker endlich die Pflüge aus dem Munde kriegte und sagte: „Sä, Rader, Zi maßt da aber 'n bullet Stiel“, da sah Hans nicht sehr erfreut auf die Versicherung. Und entsprechend seiner philosophisch-pessimistischen Stimmung dachte er: „Wie mein Leben. Alles geht schief.“

Das war ja nun nicht ganz zutreffend. Aber wer übertreibt nicht in solchen Augenblicken?

(Fortsetzung folgt.)

wo beide Ressorts dem Reichsamt des Innern unterstellt waren. Das wird auch im Zusammenhang mit den Zielen zur Bevölkerungspolitik, des Gesundheitswesens und des Arbeiterschutzes auf einen anderen Teil der Ressorts, wie z. B. die Hygienisch-Technische Reichsanstalt und das Bauwesen zutreffen, wo diese doch als mitwirkend bei der Hygienetechnik und dem Wohnungsweisen in Frage kommen. Vor allem wird die Forderung zu vertreten sein: das Gesundheitsamt auch dem Reichswirtschaftsamt mit zu unterstellen ist. Zu einem besseren und praktischen Zusammenarbeiten bliebe immerhin noch die Frage offen: Inwieweit das Gesundheitsamt mit dem Reichsversicherungsamt zu einer „Zentralstelle für Gesundheitswesen“ vereinigt oder auszugelassen als möglich erscheint. Einer derartigen Zentralstelle würde aber auch eine erweiterte und mehr verantwortliche Selbständigkeit gewährt werden müssen. Als dringend erforderlich wird sich jetzt aber auch ergeben haben: das Reichsversicherungsamt mit den Berufs-genossenschaften von dem schleppenden Geschäftsgang zu den Fragen des Arbeiterschutzes zu befreien. Das könnte unsicher dadurch geschehen, daß durch einen Zusatz in der Reichsversicherungsordnung (§§ 87, 855, 857, 864) bestimmt wird, in dem Amt einen Beirat, bestehend aus gleichen Teilen von Unternehmern und Arbeitern, einzufügen, der bei Einzelfragen zur Unfallverhütung anregend und verantwortlich mit zu entscheiden hat. Denn wie die Erfahrungen offen bekunden, genügt hier, um schädliche Einflüsse und nachteilige Unterlassungen zu verhindern, die je zwölf nichtständigen Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten auf keinen Fall. Wie in diesem Zusammenhange sich zeigt, handelt es sich hier um äußerst wichtige Arbeiterinteressen, die auch dementsprechend im Reichswirtschaftsamt und im Bundesrat eine ernste Wahrnehmung erfordern. Denn wie vom Reichsversicherungsamt seinerzeit zum Ausdruck gebracht wurde: „ist die Wahrnehmung der Unfallverhütung die vornehmste Aufgabe der Berufs-genossenschaften!“ G. Heine.

Korrespondenzen.

Mainz. Am Montag, den 13. Mai fand unsere Mitgliederversammlung statt, die sich mit den Angelegenheiten des außerordentlichen Verbandstages befaßte. Kollege Müller gab einen Ueberblick über die finanzielle Lage unseres Verbandes, dabei die schwierige Situation beleuchtend, die unsere Verwaltung hauptsächlich zu Beginn und während der folgenden Kriegszeit zu bewältigen hatte. Auf die Aufgabe übergehend, die der Verband im Interesse der Kollegschaft bis jetzt zu lösen hatte, und die in noch größerem Maße in nächster Zukunft an uns herantrete, kam er zu der Auffassung, daß eine wesentliche Stärkung unserer Organisation ins Auge gefaßt werden müsse. Dasselbe treffe natürlich auch in finanzieller Hinsicht zu. Deshalb könne sich kein besonnener Kollege, der absolut gegen eine planmäßige Regulierung der Beitrags- und Unterstützungsfrage, wenden. Allerdings könne der Art von Anträgen, wie denen von F. B. und Fr. Sch., Leipzig, oder A. K., Frankfurt, nicht gefolgt werden. Das heiße der Kollegschaft in den kleinen Druckorten die Wurzeln abgraben, welches Opfer man hoffentlich nicht bringen wolle. In der Tarifrage steht der Redner auf dem Standpunkt, daß der jetzige Zustand der Kollegschaft in den großen Druckstädten nur Opfer auferlegt hat, die sie in Rücksicht auf die Provinzorte bringen mußten. Daß diese Opfer vergeblich waren, beweist die stets steigende abnehmende Haltung der Prinzipale in der Tarifrage. Die Diskussion bewegte sich im Rahmen des Vorstehenden. Der Antrag unseres Gauleiters, des Kollegen Kall, in der „Soll“ Nr. 6 d. Z. zur Beitragsregelung wurde bekämpft. Wie Kollege Kall, der die Verhältnisse in seinen beiden Gauen doch genügend kennen muß, mit einem Mindestbeitrag von 50 Pf., dazu noch der Sozialzuschlag, den Mitgliederstand in seinem Bereiche heben will, ist unverständlich. Es trat einstimmig die Ueberzeugung hervor, daß mit Rücksicht auf unsere und ähnliche Verhältnisse die 30 Pf.-Klasse nicht weg fallen dürfe. Die erhöhten Beiträge werden nach dem Kriege bleiben, nicht aber die jetzigen Lohnverhältnisse. Mit einer Klarsicht-

teilung von 30—90 Pf. könne sehr wohl den finanziellen Bedürfnisse unseres Verbandes Genüge geleistet werden. Allerdings könne von einer Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung nur in bescheidenem Maße in den neu zu schaffenden Beitragsklassen die Rede sein. Gerade diese Kollegen, die stets es verdammen, wenn die Unterstützungsanstaltungen als Lockpfeile bei der Agitation verwertet werden, sind es immer wieder, die stets höhere Unterstützungssätze verlangen. Dies erzeugt die Schraube ohne Ende, der unsere kleinen Verhältnisse als Hilfsarbeiter im Gewerbe nicht standhalten können. Folgende Entschliezung wurde einstimmig angenommen:

„Die am 13. Mai 1918 tagende Mitgliederversammlung der Zahlstelle Mainz kann sich der Notwendigkeit einer Beitragsregelung nicht verschließen, somit sie den Verhältnissen aller Druckorte Rechnung trägt. Sie hält die Beibehaltung der 30 Pf.-Klasse für unerlässlich, da deren Beseitigung die Agitation in Provinzorten mit überwiegender weiblichen Hilfspersonal lahmlegen würde. Die Versammelten versprechen, für die genaue Ausführung der Beitragsätze nach den bestehenden Lohnsätzen Sorge zu tragen. In der Tarifrage stehen die Versammelten auf dem Standpunkt, daß nach den gemachten Erfahrungen das jetzige Verhältnis für die Hilfsarbeiterschaft des graphischen Gewerbes mehr Nachteile wie Vorteile birgt, und erwartet von dem 2. außerordentlichen Verbandstage zu Berlin, hierüber entscheidend klare Entscheidung.“

Zum 2. Punkt: Wahl eines Delegierten zum Verbandstage, wurde auf Vorschlag Kollege Peter Hofmann mit 21 Stimmen gewählt, während als Delegierter zum Gautage Kollege Müller bestimmt wurde.

Rundschau.

Im Verband der Schiffszimmerer ist die vom Vorstand beantragte Neuregelung der Beiträge und der Unterstützungsanstaltungen durch die Abstimmung der Mitglieder mit großer Mehrheit beschlossen. Von den 1803 Mitgliedern haben sich 1117 = 62 Proz. an der Abstimmung beteiligt, 918 = 82 Proz. stimmten für und nur 190 = 18 Prozent gegen die geplante Neuregelung; 10 Stimmen waren ungültig. Von 35 an der Abstimmung beteiligten Zahlstellen haben sich 13 Zahlstellen mit einem Mitgliederbestand von 1439 Personen für die 1. Beitragsklasse mit einem Wochenbeitrag von 1 Mk. entschieden und 18 Zahlstellen, mit 235 Mitgliedern, haben die 2. Beitragsklasse mit einem Wochenbeitrag von 80 Pf. gewählt. Von den übrigen Zahlstellen steht die Entscheidung über die Wahl der Beitragsklasse noch aus. Von den Zahlstellen der 1. Beitragsklasse wird eine Zahlstelle einen Ortszuschlag von 25 Pf., 6 Zahlstellen einen solchen von 10 Pf. pro Woche erheben, 2 Zahlstellen haben sich über die Höhe des Ortszuschlages noch nicht entschieden. Eine Zahlstelle der 2. Beitragsklasse will 5 Pf. Ortszuschlag erheben. Die neuen Beiträge treten am 1. Juli 1918, die erhöhten Unterstützungsätze am 1. Januar 1919 in Kraft. Das Ergebnis der Urabstimmung ist erfreulich. Der Verbandsvorstand erwartet von der beschlossenen Neuregelung eine wesentliche Stärkung der Organisation, die in ihrer Wirkung allen Berufsangehörigen erheblichen Nutzen bringen wird.

120 Millionen gewerkschaftliche Unterstützungsgelder! Einen glänzenden Beweis für die Leistungsfähigkeit der deutschen Gewerkschaften ergibt eine von der Generalkommission der Gewerkschaften veranfaßte Umfrage, die die Unterstützungsummen der Freien Gewerkschaften während der Zeit des Krieges vom 3. August 1914 bis 31. Dezember 1917 ermittelt. In dieser Zeit sind insgesamt an Unterstützungen ausgezahlt 119 494 914 Mark. Allein 25 353 220 Mark wurden an die Familienangehörigen der zum Heere Eingezogenen verausgabt. Gewiß ein trefflicher Beweis, wie die Mitglieder derjenigen hilfsbereit zur Seite standen, die unter der Last des Krieges am schwersten zu leiden haben. 25 187 215 Mark sind an Arbeitslose gezahlt. Hier kommt vor allem der Anspruch zur Geltung, der zu Beginn des Krieges infolge der großen Arbeitslosigkeit in die Erscheinung trat. Aber auch in der späteren Zeit hatten wir einige Industrien, die ihren Betrieb zu einem erheblichen Teil einschränkten, eine große Zahl Arbeitsloser vorübergehend den Gewerkschaften zur Unterstützung überwiesen. Wenn auch in solchen

Fällen aus Staatsmitteln für die Arbeitslosen Unterstützungen gewährt wurden, so wird doch der Zuschuß der Gewerkschaften hoch willkommen gewesen sein. Es ist heute an der Zeit, daß die Gleichgültigen einmal darüber nachdenken, wie es bei Beendigung des Krieges in der Uebergangszeit werden wird. Der Arbeitslose, der keiner Berufsorganisation angehört, verliert den Halt den der Organisierte an seiner Gewerkschaft hat. Der Rest der Unterstützungssumme 68 954 499 Mk. ist für Kranken-, Invaliden-, Kassenunterstützungen und andere Hilfsleistungen aufgewandt. Der gewerkschaftlichen Tätigkeit gebührt für diese Leistung volle Anerkennung und wenn nicht so viele fehlten, die an diesen Hilfsleistungen nicht teilnahmen, dann sähe es noch erheblich besser aus.

Lohnbewegung der Werftarbeiter. In einer von der Zentralwerkstoffkommission einberufenen Werftarbeiterkonferenz, in der außer den Vertretern der freien Gewerkschaften auch Vertreter der Christlichen und Hirsch-Dunderschen teilgenommen haben, berichtete der Vorsitzende der Zentralwerkstoffkommission, daß die Vertrauensleute bei ihren Geschäftsleitungen die Einleitung einer neuen Lohnbewegung beantragt haben. Die Zentralwerkstoffkommission stimmte den von den Werftarbeitern gestellten Forderungen zu. Es wird gefordert:

1. Erhöhung der Einstellungs- und der Stundenlöhne für alle Affordarbeiter und Arbeiterinnen um 10 Pf. die Stunde, für nur im Lohn beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen um 20 Pf. die Stunde. Nach vierwöchiger Beschäftigung erhalten mit Ausnahme der in Ziffer 3 aufgeführten Gruppen alle im Stundenlohn beschäftigten gelernten und angelernten Arbeiter einen Lohn von 90 Pf. bis 1,20 Mk. pro Stunde.

2. Affordarbeitern sind ihre Stundenlöhne ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend festzusetzen. Wenn sie im Lohn beschäftigt werden, erhalten sie den im Absatz 3 angegebenen Mindestverdienst als Lohn. Das gleiche gilt für solche Lohnarbeiter, die bei der Art ihrer Arbeit gleichwertige Leistungen wie Affordarbeiter vollbringen müssen, wie Maschinenisten, Heizer, Reparateure, Maurer und ähnliche.

3. Berechnung und Erhöhung der Affordpreise in der Weise, daß ein Arbeiter durchschnittlicher Leistung je nach den örtlichen Verhältnissen und seiner beruflichen Eignung nicht unter 1,20 Mark bis 1,50 Mk. in der Stunde verdienen kann. Die Afforde sind so einzustellen, daß die dabei erzielten Ueberschüsse alle 14 Tage zur Auszahlung gelangen. Etwaige Abschlagszahlungen bei Affordarbeiten, die zur Auszahlung länger als 14 Tage beanspruchen, sollen nicht hinter dem angegebenen Mindestverdienst bei Affordarbeiten zurücktreten.

4. Einführung von Arbeiterausschüssen, die aus der Mitte der Arbeiter von diesen nach den auf Grund des § 11 des Gesetzes über den wasserländischen Hilfsdienst erlassenen Wahlvorschriften der Landeszentralbehörden gewählt werden.

5. Verkürzung der Arbeitszeit auf täglich neun Stunden, bzw. 54 Stunden wöchentlich.

6. Befreiende und an anderer Stelle in der Arbeitsordnung oder durch sonstige Bekanntmachungen erregelte günstigere Arbeitsbedingungen werden durch Vereinbarungen oder Zugeständnisse im Sinne des Vorstehenden nicht berührt.

Die Konferenz stimmte den Vorschlägen der Forderungen einstimmig zu und beauftragte die Zentralvorstände, den Werften die Forderungen zuzustellen.

Das Versicherungsgeschäft der Volksfürsorge im Jahre 1917. Der gesamte Jahreszugang an abgeschlossenen Versicherungen betrug nach den vorläufigen Feststellungen bis Ende 1917 41 742 mit 10 195 742 Mk. Versicherungssumme, der gesamte Abgang 6248 Versicherungen mit 1 507 111 Mk. Versicherungssumme, so daß sich mit dem Bestande vom Vorjahr am 31. Dezember 1917 ein Gesamtversicherungsbestand von 227 183 Policen lautend auf 37 156 660 Mk. Versicherungssumme ergibt. Davon waren Kapitalversicherungssumme 187 056 mit 34 582 821 Mk. Versicherungssumme, Sparversicherungssumme 68 358, auf die 2 095 089 Mk. eingezahlt waren, und 1769 Risikoversicherungen, durch die 478 750 Mk. versichert sind. Bei dem Abgang kommen in Betracht: 1956 Sterbefälle, 451 Rückkäufe, 3181 Umwandlungen und 660 Rückstellungen. Vergütungsloser Verfall ist bei der Volksfürsorge im Interesse der Versicherten ausgeschlossen.